



Klimapolitik – noch immer gefährlich konzeptlos

Investieren statt regulieren

Mittlerweile werden wir von der „Ampel“ seit knapp 8 Monaten regiert. Festzuhalten ist, dass auch unter dieser Regierung die gefährliche Konzeptlosigkeit der GroKo hin zu einem klimaneutralen Deutschland fortgesetzt wird.

Die GroKo unter Führung von Angela Merkel hat die Energiewende in keiner Weise vorangetrieben. Vertreter der SPD und der CDU/CSU haben es jahrelang versäumt, die Weichen für die Umstellung der Versorgung der Betriebe und der Bürgerinnen und Bürger von fossiler auf regenerative Energie rechtzeitig zu stellen.

Die politischen Versäumnisse sind durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen nun beschleunigt zu Tage getreten. Der vor uns liegende Winter könnte hart werden.

Die Kosten für Energie sind für Teile der Gesellschaft, Teile der Konzerne, Teile der kleinen und mittelständischen Unternehmer sowie für Teile der Privathaushalte nahezu unbezahlbar.

Das statistische Bundesamt gibt in seiner Pressemitteilung Nr. 116 vom 17. März 2022 folgende Zahlen bekannt:

- Kohle war 2021 der wichtigste Energieträger in der Stromerzeugung
- Stromerzeugung aus Windkraft wetterbedingt um 13,3 % zurückgegangen
- Insgesamt stammten 57,6 % des eingespeisten Stroms aus konventionellen und 42,4 % aus erneuerbaren Energieträgern
- Im Jahr 2021 wurden 2,6 % mehr Strom ins Netz eingespeist als im Vorjahr.

Diese Auswertung wirft viele Fragen auf – auch vor dem Hintergrund, dass wir weiterhin Strom nach Frankreich verkaufen. Dazu pocht die Industrie auf ihr Recht auf Energie; ihre Lobbyisten machen ihren Job gut.

Wenig bis gar nichts ist über die Versorgungslage und über finanzielle Erleichterungen für kleine und mittelständische Betriebe zu hören. Wo bleibt das bei der Bayerischen Wirtschaftsnacht von Minister Söder angesprochene „Mittelstandsstrompaket“? Die Lebensmittelversorger wie Bäcker und Metzger

Dem BDS Bayern gehören rund 15.000 Unternehmen und Selbständige mit ca. 350.000 Mitarbeitern an. Über 90 Prozent der Unternehmen aus allen Branchen des bayerischen Mittelstands sind in Familienbesitz.



werden vermutlich wieder systemrelevant sein; Schuhgeschäfte und der Buchhandel könnten, mit Blick auf die Klassifizierungen während der Coronapolitik, hoffen. Aber was ist mit den vielen Büros, den Organisationszentralen vieler Betriebe? Das Fitness-Studio, der Sporthändler, der Kfz-Betrieb, die Banken, das Bekleidungsgeschäft – für all diese Betriebe wird es kostentechnisch schon schwierig, eine angenehme, verkaufsfördernde Raumtemperatur zu halten. Wenn der große Supermarkt seine Öffnungszeiten verkürzt, um Energie zu sparen, prallen im Herbst vielleicht hohe Corona-Inzidenzwerte auf geballte Kundschaft. Die Gastronomie, mit einem ebenfalls hohen Energiebedarf in Küche, Sanitärräumen und Gastzimmern versucht teilweise noch immer, die Folgen des Corona-Lockdowns aufzuholen und wird hohe Energiekosten oder gar erneute Schließungen in weiten Teilen nicht überstehen.

Interviews und Statements unserer Politiker in Funk, Fernsehen und Social Media Kanälen hinterlassen den gleichen hilflosen Eindruck bei der Frage, wie wir durch den Winter kommen werden, wie beim Umgang mit der Pandemie! Das vielfach geäußerte Bekenntnis, „wir wissen nicht, was genau im Herbst und Winter auf uns zukommt“, ist ehrlich und das ehrt die Damen und Herren, hilft aber niemandem in unserem Land weiter.

Es ist schon wieder einmal viel zu viel Zeit untätig verstrichen. Wie lange will unser Kanzler, wie lange wollen unsere Ministerinnen und Minister noch warten, bis endlich klare, realistische Ziele und der Weg dorthin festgelegt werden?

Der derzeitige Schlinger-Kurs wird von großen Teilen der Gesellschaft kritisch gesehen, nicht verstanden und auch nicht akzeptiert. Die Klimaerwärmung erfordert einen möglichst kleinen CO₂-Fußabdruck – so wurde in den Wahlkampf 2021 marschiert. Und heute? Eine befristete Verlängerung der Laufzeit der von der EU als nachhaltig deklarierten Atomkraftwerke wird kategorisch abgelehnt. Die Entscheidung fiel für die Erzeugung von Strom in Stein- und Braunkohlekraftwerken und damit für die klimaschädlichste Form der Energiegewinnung.

Wer ideologiegetrieben alle Energiequellen abschaltet, die nicht ins eigene politische Parteibuch passen - ohne zu prüfen, wie die Versorgung durch Alternativen gesichert werden kann - nimmt billigend die derzeit steigende Armut der Menschen in unserem Land in Kauf. Und das ist mehr als beschämend und das muss endlich ein Ende haben.

Dem BDS Bayern gehören rund 15.000 Unternehmen und Selbständige mit ca. 350.000 Mitarbeitern an. Über 90 Prozent der Unternehmen aus allen Branchen des bayerischen Mittelstands sind in Familienbesitz.



Für die Abschaffung der 10H-Abstandsflächen bei Windrädern frenetisch zu klatschen, kann nur ein perspektivisches Applaudieren sein. Die Appelle aus Regierungskreisen jetzt zum Energiesparen sind überall laut zu hören, denn alleine die geänderte gesetzliche Lage sichert noch keinen Herbst/Winter 2022/2023 mit gewohnten Energie-, Licht- und Wärmemengen für alle. Die Bauzeiten sind lang und ohne Infrastruktur können die Windräder zwar gebaut werden, aber der Strom landet noch lange nicht im öffentlichen Netz!

Wir brauchen jetzt schnell Energie. Ein kluger, auf regionale Besonderheiten abgestimmter Versorgungsmix, bei dem die Bevölkerungen und die Unternehmen mitgenommen werden, ist die Lösung!

Grundsätzlich fordern wir, der BDS Bayern, dass alle Bürgerinnen und Bürger, alle Unternehmerinnen und Unternehmer selbst Strom erzeugen dürfen, und zwar ohne wochenlange Prüfung der Einspeisemöglichkeit durch den Energiekonzern, ohne Bürokratie und ohne Gewerbeanmeldung – einfach machen lassen! Jeder Tag, jedes kW zählt! Die Zeit, bis die Tage kürzer werden und die Temperaturen sinken, ist zum Greifen nahe!

Erstrebenswert ist das Modell „Net Metering“ das z.B. in Dänemark, Belgien, Italien, Zypern, USA, Kanada, Australien, Brasilien und Polen mit Erfolg praktiziert wird. Der Zweirichtungsstromzähler läuft vorwärts und rückwärts – je nachdem, ob Strom eingespeist oder bezogen wird. Die Energiemengen werden direkt miteinander verrechnet. Am Ende des Jahres wird die Differenz bezahlt oder ausgezahlt. Funktionieren würde das bei uns schon jetzt, wo Stromnetz und Stromanbieter aus einer Hand sind, wie z. B. bei Stadtwerken.

Von solch einer einfachen, unbürokratischen Lösung scheinen wir Lichtjahre entfernt zu sein. Alles, was wir selbst erzeugen, muss akkurat erfasst, aufwendig verwaltet und natürlich versteuert werden.

Um das deutsche Modell an einem einfachen Beispiel zu verdeutlichen: viele Gartenbesitzer bauen in ihren grünen Oasen auch frisches Gemüse an. Muss ich künftig – analog zum Strom – als Gartenbesitzer ein Gewerbe anmelden, meinen Ernteertrag im Garten wiegen und bei der nächsten Steuererklärung mit angeben? Wird es dann auch Kontrolleure geben, die die Anzahl der Möhren in meinem Garten zählen und dem Finanzamt meldet? Das mag lächerlich klingen, dahinter steckt aber das gleiche steuerlich-bürokratische Muster wie bei der Stromeigenversorgung, nämlich dass die Eigenproduktion selbst im kleinen

Dem BDS Bayern gehören rund 15.000 Unternehmen und Selbständige mit ca. 350.000 Mitarbeitern an. Über 90 Prozent der Unternehmen aus allen Branchen des bayerischen Mittelstands sind in Familienbesitz.



Umfang streng überwacht wird, einer Gewerbeanmeldung bedarf und versteuert werden muss.

Unsere Regierung hat in Zeiten einer dringend notwendigen, schnellen Energiewende ein überreguliertes, schwerfälliges Systemmonster ins Laufen gebracht, das hoch bürokratisch ist. Gesetzliche Regelungen werden im Bundestag wochenlang diskutiert bis sie endlich verabschiedet werden; zusätzliches Personal in den Behörden achtet auf die Einhaltung. Typisch deutsch – kompliziert, formalistisch, mit vielen Stolpersteinen und mit hohen Zusatzkosten.

Dazu kommen die Prüfzeiten, die ordentlich bremsen. 4 – 6 Wochen verifiziert die KfW eine mögliche Förderfähigkeit; und auch die Einspeise-Gesellschaften brauchen derzeit mindestens 4 Wochen zum Lesen der Anträge. Es vergehen 8 – 10 wertvolle Wochen, in denen nichts beauftragt werden darf, in denen kleine Anlagen schon dem Winterengpass entgegenwirken könnten.

Kleine Energieanlagen einfach kaufen, montieren und nutzen – dafür steht der BDS. Alles was an Energie privat erzeugt wird, fehlt nicht in den Betrieben, alles was in den Betrieben erzeugt wird, gewährleistet eine finanziell klar kalkulierbare Versorgungssicherheit. Dass diese Forderung kneift, ist auch klar! Für die Energieriesen und gleichzeitig auch für unsere Staatsfinanzen ist unser System heute eine legale Gelddruckmaschine. Kaufe Strom vom Bürger für 6 – 8 Cent, vom Betreiber von Anlagen, der zu 100 % einspeist, für 12 – 13 Cent ein, spekuliere an der Strombörse und verkaufe dann genau das gleiche Produkt an die Bevölkerung wieder für 25 – 50 Cent! Was passiert zwischen dem Einspeisen und der Lieferung des Stroms? Wird das Produkt vergoldet? Nein, die Energieriesen schöpfen ihre Gewinne ab und der Staat freut sich über die sprudelnden Steuereinnahmen. Für uns drängt sich die Frage auf, ob die Energiewende mit all ihren Möglichkeiten überhaupt gewollt ist?!

Das klare Bekenntnis zur Energiewende, die Abkehr von den Lobbyisten, die Bereitschaft auf Steuereinnahmen zugunsten bezahlbarer Energie zu verzichten, fehlt, ebenso wie Aktivitäten für den Ausbau einer regionalen, nachhaltigen Energieerzeugung! Stattdessen werden wir mit Gradzahlen und Wunschzeitfenstern eingeseift und hören Diskussionen über eine gerechte Energiepolitik und gerechte finanzielle Entlastungen – konkrete Pläne, wo Energie genau herkommt, sind bis heute nirgends zu finden! Die gefährliche Planlosigkeit muss ein Ende haben!

Jetzt müssen Taten folgen

1. Infrastruktur aufbauen

Immer wieder stoßen investitionsfreudige künftige Energieerzeuger an die

Dem BDS Bayern gehören rund 15.000 Unternehmen und Selbständige mit ca. 350.000 Mitarbeitern an. Über 90 Prozent der Unternehmen aus allen Branchen des bayerischen Mittelstands sind in Familienbesitz.



Grenzen der Infrastruktur in unserem Land.

Lösung:

Die Netzstrukturen müssen jetzt endlich auf- und ausgebaut werden.

Wir kennen das alle – 3 Windräder stehen auf der Anhöhe. Leider dreht sich häufig nur eins davon – die zwei anderen müssen stillstehen, weil der Strom nicht eingespeist werden kann. Auch hier hilft regionales Denken: Ein Mix aus Windkraft und Wasserstoffproduktion kann die erzeugte Energie aller 3 Windräder aufnehmen. Was (noch) nicht in die Leitung passt, wird für die Produktion von Wasserstoff genutzt. Auch hier braucht es wieder eine einfache, schnelle Genehmigung. Kleine und mittelständische Unternehmen können den regionalen Ausbau massiv nach vorne treiben.

2. Kommunen mit ins Boot nehmen

Auch auf bayerische Kommunen kommt die Erstellung eines Energie- und Klimaschutzkonzepts zu. Klimaquartiere mit Nahwärmenetzen und Synergien bei der Nutzung verschiedener Anlagen und Einrichtungen sollen die Nachhaltigkeit sichern und das Erreichen der CO²-Neutralität gewährleisten. Die Erfahrung zeigt, dass viele Kommunen mit der Komplexität des Themas überfordert sind. Intelligente Wärme- und Stromkonzepte sichern Standorte, günstige Energiepreise machen Ladenzeilen attraktiver und sorgen für belebte Innenstädte.

Den Vertretern der Kommunen muss bewusst werden, dass sie wesentliche Akteure der Energiewende sind und sie nicht nur als Beobachter darauf warten dürfen, welche Aufgaben sie aus Berlin oder München zugewiesen bekommen.

Lösung:

(Ober-)Bürgermeister, deren Verwaltung und die (Stadt-, Marktgemeinde- und Gemeinde-)Räte brauchen Antworten auf folgende Fragen: Wie kommen Kommunen von der Planung zur Umsetzung? Wer kann informieren? Auf welchen Beraterpool kann zugegriffen werden? Wie kommen Kommunen zügig zu einer hohen Eigenversorgung? Wie können Kommunen mit einem hohen Schuldenstand ihren Teil zum Klimawandel beitragen?

3. Finanzielle Unterstützung der Eigenenergieversorgung

Wer heute bei der Hausbank nach KfW-Darlehen fragt, erhält als Unternehmer eine lange Hausaufgabenliste: SUSAs, BWAs, Steuerbescheide und Steuererklärungen und eine 7-seitige Selbstauskunft müssen auch bei bester Bonität für mittlerweile wenig lukrative Zinssätze zwischen 2,3 und 2,5 % eingereicht werden. Wie bei anderen KfW-Förderungen auch, bleibt bei der Hausbank ein Ausfallrisiko zwischen 10 und 20 %, d.h. die KfW-Banken übernehmen nicht die volle Bürgschaft!

Lösungsansatz: Wir brauchen eine klare Finanzierungskulisse. Entweder fördert die KfW oder die Hausbank – Konkurrenz belebt das Geschäft insbesondere bei den derzeit steigenden Zinssätzen; ein Sondervermögen im Staatshaushalt für Ausfallbürgschaften kann die Überregulierung eindämmen und Zahlungsausfälle kompensieren.

Mit der heutigen Übervorsicht, mit der Vermischung der Zuständigkeiten der Banken und der für kleine und mittelständische Unternehmer überbordenden Bürokratie wird die Transformation der Energie derzeit zu stark gebremst.

4. Engpass Material- und Anlagenmangel

Es fällt uns heute zentnerschwer auf die Füße, dass in Deutschland nicht schon frühzeitig ein Augenmerk auf die Produktion von Anlagen für die Energiewende gerichtet wurde. PV-Anlagen, Wechselrichter, Flügel von Windrädern, Wärmepumpen – made in Germany – davon können wir derzeit bis auf ganz wenige Ausnahmen nur träumen. Der internationale Markt legt Preise, Verfügbarkeit und Liefergeschwindigkeit fest. Mit unseren hohen Lohnnebenkosten, den hohen Energiekosten, der steigenden Inflation, den sonstigen vielseitigen Abgaben und den vielen Auflagen und Papierformularen ist unsere Wettbewerbsfähigkeit auch auf dem Energiesektor stark angeschlagen.

Lösung:

Es ist wirklich hart, dass Villeroy und Boch jüngst seine Produktion in die Türkei verlegt hat und aus den Reihen der Politik kein lauter Aufschrei, nicht mal ein Hüsteln zu hören war. Wir brauchen jetzt schlanke Bauanträge und schnelle Baugenehmigungen für Fertigungsbetriebe; Fördergelder sind –

wie der Name schon sagt – förderlich.

Wettbewerbsfähigkeit kann wieder durch ein Senken der Kosten erreicht werden – 97 Krankenkassen mit 97 vollausgestatteten, zu bezahlenden Fachabteilungen rechnen derzeit die monatlichen Krankenkassenbeiträge ab und haben uns ein vollkommen übererteuertes Krankenkassensystem beschert. Unser Sozialsystem wird in wenigen Jahren kollabieren, weil das Verhältnis von Zahlungsempfängern zu Einzahlern kippt – eine Reform ist überfällig. Jeder Unternehmer, der in solch einer brenzligen Lage wie unsere Bundesregierung steckt, würde jeden Stein in seinem Betrieb hochheben, umdrehen und jedes noch so kleine Einsparpotential nutzen, um wieder auf dem Markt bestehen zu können – unsere Regierung hingegen kündigt eine Steigerung der Krankenkassenbeiträge für nächstes Jahr an. Uns fehlen die Worte!

Unternehmensgründungen müssen wieder einfach werden – gerade wir kleinen und mittelständischen Betriebe haben Deutschland als Arbeitgeber, Produzenten und Dienstleister für die Gesellschaft und für die Industrie wirtschaftlich stark gemacht. Unternehmen vor Ort sind dank kurzer Wege nachhaltig, schaffen lokale Arbeitsplätze mit ebenfalls kurzen Wegen und fördern das Gemeinwohl. Kombiniert mit einer möglichst autarken Energieversorgung werden das die resilienten Betriebe der Zukunft sein.

Deutschland war einst das Land der Erfinder. In einigen Bereichen sind wir das auch heute noch. Das ist unsere Zukunft, denn innovative Produkte unterliegen kaum einem internationalen Wettbewerb. Dazu muss die Digitalisierung vorangetrieben werden, Subventionierung von Herstellungskosten statt der hohen Ausgaben für die langen Wege rund um den Globus beim Import von Waren ist ein nachhaltiger, klimafreundlicher Ansatz; 3D-Drucker fördern statt dieselbetriebene Schwerlastkähne, die im Suezkanal stecken bleiben.

5. Engpass Personalmangel – neue Ausbildungsberufe

Die PV- und Heizungsbetriebe klagen über zu wenige Mitarbeiter – die Nachfrage nach neuen Heizungen und PV-Anlagen ist gestiegen, aber die Zahl der Monteure bremst eine zügige Montage.

Lösung: Wir müssen uns vom dualen Schulsystem in der derzeitigen starren Variante verabschieden.

Für alle niederschwelligen Arbeiten reicht eine einfache Qualifikation unter den kontrollierenden Augen eines Meisters.

Wir schlagen eine flexiblere Form der dualen Ausbildung im Energiebereich vor, die sehr praxisorientiert ist und für „Schulmuffel“ etwas langsamer und behutsamer zum Gesellen führt: der zukünftige Beruf des „Fachworkers PV-Monteur“ fußt auf einer einjährigen dualen Ausbildung. Mit erfolgreichem Abschluss dieser (Teil-) Ausbildung dürfen PV-Monteure als festangestellte Mitarbeiter eines Fachbetriebs PV-Anlagen auf Kundendächer montieren; statt Ausbildungsvergütung fließt schnell der erste Lohn. Nach 2 praktischen Jahren in einem Betrieb als PV-Monteur kann dann in weiteren 2 Jahren dualer Ausbildung oder über ein entsprechendes Programm an Abendschulen mit dem Vollgesellen in einem verwandten Beruf die Lehrzeit abgeschlossen werden. Die in unseren Augen sehr wertvolle duale Ausbildung bleibt erhalten, wird noch praktischer orientiert und dauert damit 5 Jahre. Statt ungelernten Mitarbeitern aus dem Billiglohnsektor stehen den Unternehmern qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung, die über den Fachwerker zunächst prüfen können, wo die berufliche Reise hingehen soll.

Die Ausbildung zum Meister läuft über Qualifizierungsbausteine, bei denen weiter gearbeitet und voll verdient werden kann.

Die Diskussion über die Wiedereinführung des Wehrdienstes wollen wir in keiner Weise bewerten. Sollte diese Pflicht jedoch wieder eingeführt werden, ist für uns auch ein freiwilliges Jahr in Handwerksbetrieben als Ersatzdienst denkbar. Nach der Schule können junge Menschen entweder zur Bundeswehr, in den sozialen Bereich oder in einem Handwerksbetrieb arbeiten. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass junge Menschen nach den ersten Erfahrungen in den Handwerksbetrieben ihre berufliche Heimat finden.

6. Engpass Personalmangel – Einwanderungspolitik

Und natürlich gehört zur Behebung des Personalmangels auch der Blick auf

Dem BDS Bayern gehören rund 15.000 Unternehmen und Selbständige mit ca. 350.000 Mitarbeitern an.

Über 90 Prozent der Unternehmen aus allen Branchen des bayerischen Mittelstands sind in Familienbesitz.



qualifizierte Einwanderer.

Lösung:

Über Goethe-Institute auf der ganzen Welt können künftige ausländische Fachkräfte schon in ihrer Heimat unsere Sprache und unsere Kultur kennenlernen. Auch Vorqualifikationen wären in den Heimatländern in entsprechenden Schulungszentren denkbar, um dann die Integration am Arbeitsplatz so einfach und für alle Seiten sehr angenehm zu machen. So ganz nebenbei wäre auch die Integration in den Alltag auf diese Art und Weise sehr einfach – eine win-win-Situation für die Betriebe und die Gesellschaft.

7. **Steuerliche Behandlung**

Wir brauchen einen klaren Anreiz für den Ausbau der regionalen Energieversorgung bei den Immobilienbesitzern, bei den Eigenheimbesitzern und vor allem auch bei den Vermietern. Regional ist nachhaltig, es gibt kaum Leitungsverluste, das Gemeinwohl wird gefördert und ohne lange Genehmigungsverfahren und Bürgerproteste kommen wir zügig an ergänzende Energie.

Lösung: Kleinanlagen in Betrieben und Eigenheimen wie bisher unter 10 kW – zukünftig besser 20 kW - bleiben bei einer reinen Eigenversorgung mit Einspeisung der Überschüsse steuerfrei; der Papierkrieg wird komplett ausgesetzt.

Für größere Mietobjekte sehen wir, um die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande zu gewährleisten, eine analoge Regelung. Der Vermieter erhält für den Außenstrom, den Aufzug, die Gangbeleuchtungen, den Betrieb von Heizungspumpen usw. 10 kW plus für jede Wohneinheit 5 kW im vereinfachten Verfahren – unter der Maßgabe, dass der erzeugte Strom auch an die Mieter zu einem festgelegten Pauschbetrag, z. B. 23 Cent, weitergegeben wird. So kommen auch Mieter in den Genuss von kostengünstigem Strom aus regenerativen Quellen. Investitionen vom Vermieter scheitern nicht mehr am Bürokratieaufwand. Dazu muss noch das Problem mit den Wallboxen für die e-Mobilität für Mieteinheiten gelöst werden.

8. Energielieferanten finden

Die Gespräche mit zukünftigen Energielieferanten wie Katar, müssen in konkrete Verträge münden. Unsere europäischen Nachbarn machen es uns vor. Wo Herr Habeck nur mit warmen Worten nach Hause kam, mit einer Vereinbarung über eine Partnerschaft, hat Italien Nägel mit Köpfen gemacht. Dpa gibt am 20.6.2022 bekannt: „Auf der Suche nach Alternativen zu russischem Gas hat Italien einen milliardenschweren Deal mit Katar abgeschlossen. Der teilstaatliche Energieversorger Eni gab am 19. Juni eine Partnerschaft mit Qatar Energy bei einem großen Flüssiggas-Projekt bekannt.“

Lösungsansatz: Lieferverträge endlich aushandeln und unterschreiben, damit der Motor der Wirtschaft, die vielen kleinen und mittelständischen Betriebe als Arbeitgeber und Zulieferer für die Industrie auch im Herbst/Winter agieren kann!

9. Hohe Energiekosten für alle stoppen

Alle Energiebezüge, die über die Energiebörsen und über den Weltmarkt laufen, reagieren hochnervös auf globale Ereignisse. Davon müssen wir uns trennen – auch wenn es den Lobbyisten nicht gefällt, weil die eigene Berechtigung und der eigene Verdienst dann wegfallen.

Lösung: Wenn wir regional stärker Energie erzeugen, füllt sich der Markt, die Preise sinken. Wir brauchen kein Helikoptergeld, dass nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, sondern eine Energiewende aus dem Volk – sinkende Energiepreise stoppen den Auftrieb der Inflation langfristig! Dort wo Einzelpersonen keine Möglichkeiten der Energieerzeugung haben, können kleinregionale Energiezentren entstehen – Nahwärmennetze aus dem lokal besten Energiemix, eine gemeinsame Stromproduktion für mehrere Haushalte und Unternehmer.

10. Der Mix macht's

Es scheint derzeit, dass die Strombranche das Zepter in der Hand hat – alle politischen Entscheidungen puschen unsere Stromriesen. Das E-Auto und die Wärmepumpe sind stromhungrig. Wir rauschen gerade mit Karacho in die nächste Abhängigkeit.

Lösung:

Neue Technologien fördern:

Bei der Herstellung von Biogas entstehen neben den 60 % „gutem“ Methan auch ca. 40 % CO₂. Energieforscher Prof. Michael Sternner von der OTH Regensburg hat die „Power to Gas“-Technik erfunden, mit der auch das CO₂ in Methan umgewandelt werden kann. Wenn Unternehmensgründung bei uns einfach wäre, könnten fünf begabte Studenten das neue Verfahren in Form eines Startups zur Marktreife bringen!

Wasserstoff fristet noch immer ein Stiefdasein. Ja, Terminals werden jetzt gebaut, aber innovative Ideen erleben keinen Hype. Geothermie ist vielerorts noch eine große Unbekannte. Abwärme aus der Großindustrie kann ganze Ortsteile im Winter beheizen.

Der Deal von Herrn Aiwanger ist genial: eine Partnerschaft mit Schottland, bei der Bayern das Equipment für die Gewinnung von Wasserstoff liefert und im Gegenzug Schottland uns mit Wasserstoff beliefert.

Geothermie, Wasserstoff, Wärme aus Abwasserkanälen, aus kleinen Gewässern, Wasserkraftwerke, Abwärme aus Industrieanlagen – die Energie liegt so nahe, wir müssten sie nur ohne Bürokratie und ohne falsche Lobbyisten bergen. Gerade für Speziallösungen, Erfindungen und neue Verfahren waren die mittelständischen Betriebe einst die Garanten. Wir müssen sie nur endlich wieder machen lassen!

Fazit:

Die Energiewende ist richtig und wichtig. Die Umwelt für nachkommende Generationen zu schützen, ist ein Muss für verantwortungsvolle Menschen. Niedrige Energiekosten entlasten die Geldbeutel der Menschen; tragen zur Wettbewerbsfähigkeit bei und stoppen die Inflation.

Wer machtgesteuert, steuerpolitisch fixiert und ideologisch abhängig die Energiewende schaffen möchte, wird scheitern – die Zeche zahlen wir, unsere Kinder und Enkelkinder.

Festhalten an alten Abläufen wird uns weiter bremsen. Der Wust an Gesetzen und die ziellosen politischen Entscheidungen schränken die

Leistungswilligen immer mehr ein und beeinflussen die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft in unserem Land massiv! Und genau das können wir in der derzeitigen Lage überhaupt nicht brauchen. Wir brauchen wieder Entscheidungen zum Wohle des Volkes, so wie es alle Abgeordneten beim Amtsantritt schwören!

Als Unternehmerverband mit rund 15.000 Mitgliedsbetrieben ist uns eines sonnenklar: Eine lebens- und liebenswerte Zukunft entsteht nicht durch immer mehr Regulierungen sondern durch zielgerichtetes Investieren, mit praxisnahen Konzepten und mit viel Wertschätzung für die Erfolge der Unternehmer durch die Gesellschaft.

Dem BDS Bayern gehören rund 15.000 Unternehmen und Selbständige mit ca. 350.000 Mitarbeitern an. Über 90 Prozent der Unternehmen aus allen Branchen des bayerischen Mittelstands sind in Familienbesitz.

